



Pressekonferenz «Komitee gegen die Internet-Zensur und digitale Abschottung» Pascal Vuichard, Co-Präsident Junge Grünliberale

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Medienschaffende,

Es wird noch eine separate PK in der Romandie geben – dennoch werde ich heute moitié / moitié auf Deutsch und Französisch vortragen und dabei den Fokus vor allem auf den Spielerschutz legen.

Dieses Gesetz untergräbt den Spielerschutz. Da Netzsperrungen leicht umgangen werden können, findet sich ein Spieler leicht auf dem Schwarzmarkt wieder, wo Spielerschutzmassnahmen nicht wirken.

In unserem Vorschlag sind Online-Anbieter in den Schweizer Markt integriert und müssen unsere Regeln einhalten. Internationale Anbieter, die bereits heute in mehreren Ländern Konzessionen besitzen, unterstützen die Forderungen der Spielerschutzverbände und gehen damit über das geltende Recht hinaus.

Das Parlament und die Profiteure des neuen Geldspielgesetzes haben griffige und wirksame Massnahmen zum Schutz vor den Gefahren des Spiels bis zuletzt abgelehnt und sich damit gegen den Volkswillen gestellt, den Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in der Volksabstimmung Geldspiele 2012 zum Ausdruck brachten.

So sind weder die Schaffung einer unabhängigen Expertenkommission noch die von den Spielerschutzverbänden geforderte Spielsuchtabgabe im Gesetz vorgesehen. Mit letzterer hätten Schutzmassnahmen für potentiell gefährdete Spielerinnen und Spieler finanziert werden sollen. Das Referendum unterstützt die beiden Forderungen der Spielerschutzverbände.

Wenn die Befürworter nun dieses Gesetz als einen besseren Spielerschutz verkaufen wollen, ist das nur heuchlerisch. Das neue Geldspielgesetz hat auch beim Spielerschutz die Anliegen von ExpertInnen ignoriert. Anstatt ein visionäres und verantwortungsbewusstes Geldspielgesetz zu schaffen folgte das Parlament den Empfehlungen der nationalen Casino-Lobby. Dabei wäre der Handlungsbedarf gross: Schätzungsweise 75'000 Menschen sind in der Schweiz spielsüchtig. Die sozialen Kosten der Spielsucht in der Schweiz werden auf 551 bis 648 Millionen Franken pro Jahr geschätzt. Wir wollen und fordern einen wirksamen SpielerInnenschutz – das jetzige Gesetz wird dem Spielerschutz nicht gerecht.

Aus all diesen Gründen sagen wir am 10. Juni NEIN. Wir wehren uns gegen die digitale Abschottung der Schweiz und wollen Spielerschutz statt Heimatschutz für inländische Casinos. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.